

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Erster Teil:

Das Ende von Atatürks Republik

1. Ein neues Selbstverständnis, ein neues politisches System	13
2. Erdoğanomics: Korruption, Manipulation und Fehlentscheidungen	36
3. Bildung im Schatten der Ideologie	54
4. Geschichte umgeschrieben	63

Zweiter Teil:

Putsch, Protest und Propaganda

1. Fethullah Gülen und der Putschversuch von 2016	73
2. Die Gezi-Protteste von 2013: Euphorie und Ernüchterung	85
3. Die türkische Regierung und die Kurden	95
4. Zahmer Mainstream, wilde Medien	106
5. Die Frauen: Stark in der Elite, schwach an der Basis	114
6. Kunst und Kultur: Entfesselt in Ketten?	120
7. Umweltschutz und Wachstum	128
8. Syrer in der Türkei: Gäste oder Besatzungsmacht?	136

Dritter Teil:

Auf Augenhöhe mit den großen Mächten

1. Die Bedeutung der NATO	149
2. Die Türkei als ewiger EU-Kandidat: Aus der (Alb)Traum	162

3. Außenpolitische Neuorientierung: Kein Anhängsel	
Europas	174
4. Türken außerhalb der Türkei: Eine Geschichte der	
Einflussnahme	207

Anhang

Die Türkei und ihre Provinzen	223
Zeittafel	227
Anmerkungen	233
Literaturhinweise	259
Bild- und Kartennachweis	263
Personenregister	265

Verzeichnis der Karten

Die militärische Präsenz der Türkei im Nahen Osten	161
Von der Türkei und anderen Akteuren kontrollierte	
Gebiete in Syrien (November 2020)	190
Die von der Türkei beanspruchte Exklusive	
Wirtschaftszone	198
Sicherheitskooperationen mit afrikanischen Staaten	205
Die Türkei und ihre Provinzen	223

Vorwort

2023, zum einhundertjährigen Jubiläum der Republik Türkei, nimmt das Land wohl endgültig Abschied von seinem Gründer und politischen Übervater Mustafa Kemal Atatürk. Nichts zeigt das besser als der Auftritt Recep Tayyip Erdoğan nach seinem Wahlsieg vom 28. Mai 2023. Erdoğan, der das Land seit 2002 ununterbrochen regiert und nun für weitere fünf Jahre als quasi Alleinherrscher bestätigt wurde, trat nicht gleich nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses auf den Balkon seines Präsidentenpalastes in Ankara. Er wartete mit seiner Ansprache bis kurz nach Mitternacht, bis in die ersten Minuten des 29. Mai. Denn der 29. Mai 2023 ist der Tag, an dem vor 570 Jahren der osmanische Sultan Mehmet II. Konstantinopel einnahm, das heutige Istanbul. Und Erdoğan sieht sich in einer Linie mit den osmanischen Sultanen – und nicht mit Atatürk.

Kemal Atatürk, der «Vater der Türken», hat nach dem Ersten Weltkrieg in den 1920er Jahren den «nationalen Befreiungskrieg» der Türken angeführt, hat Griechen und Armenier aus Anatolien vertrieben und ganz Kleinasien erneut unter türkische Kontrolle gebracht. Er hat den Staat modernisiert, mit Zuckerbrot und Peitsche eine ethnisch-türkische und säkulare Kulturrevolution durchgesetzt, kurz, Atatürk hat die Türkei sowohl innen- als auch außenpolitisch auf das Europa seiner Zeit ausgerichtet. Jahrzehntlang war seine Weltanschauung, der Kemalismus, die amtliche Ideologie der Republik. Für Atatürk und seine Schüler war das Reich der Osmanen unwiderrufliche und unrühmliche Vergangenheit. Denn unter den Osmanen, so sah es Atatürk, seien Wissenschaft und Fortschritt unter dem Diktat der Religion verküm-

mert und der türkischen Nation der Weg in die Zukunft verbaut worden.

Nicht so für Recep Tayyip Erdoğan. Vom Balkon des Palastes herab trägt er am 29. Mai auf Arabisch die Sure des Koran vor, die die Eroberung Konstantinopels durch ein muslimisches Herr weissagt, und richtet sich dann an seine Anhänger mit den Worten: «Für mich seid ihr die Enkel dieser großen Ahnen.» Abschließend rezitiert er ein Gedicht des konservativen Poeten Arif Nihat Asya, in dem Gott angefleht wird, er möge der mit dem Islam getränkten Heimat die Gläubigen, die Krieger und den Anführer erhalten. So wie für Atatürk die Zeit der Osmanen endgültig vorbei sein musste, so muss heute für Erdoğan die Zeit der kemalistischen Republik zu Ende gehen. Für Erdoğan ist diese Zeit, sind die letzten einhundert Jahre, nur eine Art Betriebsunfall der türkischen Geschichte, den es zu reparieren gilt.

Kein Wunder, dass für Erdoğan der Vertrag von Lausanne, mit dem die junge türkische Republik im Jahre 1923 ihre internationale Ankerkennung errungen hat, ein Dokument der Niederlage ist und kein Dokument des Sieges. Denn der Vertrag, so Erdoğan, besiegele den Verlust von vier Fünfteln «unseres» Landes, sprich: des Territoriums der Osmanen. Im Grunde müsse Lausanne nachverhandelt werden, besonders in Bezug auf die Grenze mit Griechenland. Das ist das Gegenteil der Politik von Atatürk, der mit dem Motto «Frieden im Land, Frieden auf der Welt!» pantürkischen Träumen eine Absage erteilte und Expansionsbestrebungen entgegentrat. Erdoğan's Slogan dagegen lautet: «Die Türkei geht über die Türkei hinaus!» Er sieht sein Land als Regionalmacht. Sich selbst schreibt er die Rolle zu, im Nahen Osten die Interessen der Muslime zu vertreten, in Zentralasien die Einigung der Turkvölker voranzutreiben, in Afrika den westlichen Imperialismus zu besiegen und auf dem Balkan das Erbe der Osmanen zu bewahren.

Doch auch im Inneren gibt es viel zu tun. Es gilt, erneut eine fromme Generation heranzuziehen, weshalb in der Schule die re-

ligiösen Fächer ausgeweitet werden und Theologen und Imame zunehmend die sozialpädagogische Betreuung der Schüler übernehmen. Das unter Atatürk gegründete *Staatliche Amt für Religion* (Diyanet), das darauf achten sollte, dass mit dem Islam keine Politik gemacht wird, ist unter Erdoğan zum Instrument seiner Partei geworden. Der Chef des Amtes tut nichts dagegen, dass religiöse Orden und Vereine die politische Opposition als Werkzeug des Bösen und des Unglaubens verteufeln, einzelne seiner beamteten Imame in der Moschee Propaganda für die Regierungspartei betreiben und Politiker von Erdoğan's AKP die Interessen ihrer Partei mit denen des Islam gleichsetzen.

Einer der Hebel Atatürks für die Zurückdrängung religiöser Normen im Alltagsleben und für die Veränderung konservativer Lebensformen war es, den Frauen politische Rechte zu gewähren, ihre Bildung zu fördern und ihnen den Einstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Das Bürgerliche Gesetzbuch der jungen Republik schaffte die Polygamie ab, gewährte Frauen das Recht, die Scheidung einzureichen, und sicherte Töchtern dasselbe Erbteil zu wie Söhnen.

Auch für Erdoğan's Politik spielt die Lage der Frauen eine zentrale Rolle, jedoch in umgekehrter Richtung. Um konservative NGOs an seiner Seite zu halten, veranlasste er den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention, ein Vertragswerk des Europarates zum Schutz der Frauen vor (häuslicher) Gewalt. Bei seiner Rede auf dem Palastbalkon waren die Vorsitzenden von zwei extrem islamischen Parteien an Erdoğan's Seite, die ihn im Wahlkampf unterstützt hatten und verlangen, dass das Recht von Frauen auf Unterhalt beschränkt wird. Politiker der Regierungspartei und ihre Verbündeten schießen sich gern auf selbstbewusste Frauen ein. Erdoğan selbst verleumdet Canan Kaftancıoğlu, die Vorsitzende der säkularen Oppositionspartei CHP in Istanbul, droht der prominenten Sängerin Sezen Aksu, ihr die «Zunge auszureißen» und spricht den Popstar Gülşen Çolakoğlu öffentlich schuldig, noch bevor ein Gericht darüber

entschieden hat, ob sie wirklich Gläubige beleidigt hat. Seine Parteikollegen äußern sich unverbrämt sexistisch, zum Beispiel gegen Meral Akşener, die Vorsitzende der oppositionellen Mitte-Rechts-Partei.

Auf allen diesen Feldern geriert sich der heutige Präsident praktisch als Anti-Atatürk. Doch traut er sich noch nicht, den Gründer der Republik offen und direkt zu kritisieren. Nicht als Kulturevolutionär, aber als Führer im türkischen «Befreiungskrieg» wird Atatürk auch von Erdoğan's Wählern noch geachtet. Um aus dem großen Schatten Atatürks zu treten, behauptet Erdoğan, er hätte es ihm längst gleichgetan, ja ihn als Führer eines «zweiten Befreiungskriegs» sogar noch übertroffen. Es ist der fehlgeschlagene Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs vom 15. Juli 2016, den Erdoğan für dieses abenteuerliche Argument ausschlachtet. Der versuchte Staatsstreich hätte nicht nur seiner Herrschaft gegolten, sondern sei ein Versuch des Westens gewesen, das Land erneut auch militärisch zu besetzen. So wird die Niederschlagung des Putsches von Teilen des eigenen Militärs zur Vaterlandsverteidigung und Erdoğan zu Atatürk 2.0.

Und das Verhältnis zu Europa? Dass die Türkei schon lange keinen Kurs mehr auf Europa nimmt, ist keineswegs allein die Schuld von Recep Tayyip Erdoğan. Daran haben Politiker wie Nicolas Sarkozy, Angela Merkel und Sebastian Kurz, die der Türkei die größten Steine in den Weg nach Europa gelegt haben, einen großen Anteil. Doch dass im Juni 2023 der Europarat über den Ausschluss der Türkei nachdenkt, weil Ankara die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ignoriert, ist ein Ergebnis der Politik Erdoğan's. Das trifft auch auf die Worte von Nacho Sánchez Amor zu, Berichterstatter für die Türkei im Europäischen Parlament. Er meinte direkt nach den Wahlen vom Mai 2023, die Umstände der Wahl, die die Chancen der Opposition massiv beschnitten worden hätten, zeigten, dass der Beitrittsprozess zur Europäischen Union mit der Türkei nicht funktioniert.

Tatsächlich rutscht das Land, anstatt sich zu demokratisieren, in die Autokratie ab.

Auch Atatürk war alles andere als ein Demokrat. Er war Kind seiner Zeit und hat sein Land mit eiserner Hand modernisiert. Dass die Türkei nach einhundert Jahren Abschied von ihm nimmt, könnte auch ein positives Zeichen sein. Dass dieser Abschied über die Herrschaft eines neuen starken Manns geschieht, ist keine gute Nachricht.

Günter Seufert & Christopher Kubaseck

Berlin und Jugenheim in Rheinhessen

12. Juni 2023

Erster Teil: Das Ende von Atatürks Republik

1. Ein neues Selbstverständnis, ein neues politisches System

Die Republik Türkei feiert 2023 ihr hundertjähriges Bestehen. Und mehr als fünfzig Jahre ist es her, seit 1950 zum ersten Mal eine frei und fair gewählte Regierung ihr Amt antrat. Denn von 1923 bis 1950 war die Türkei ein Einparteienstaat, in dem sich Wahlen auf die Akklamation der Kandidaten beschränkten, die dem Wahlvolk von der damals allmächtigen *Republikanischen Volkspartei* (CHP) vorgegeben wurden. Nichtsdestotrotz kann das Land 2023 auf 100 Jahre moderner Staatlichkeit und fünfzig Jahre geregelter politischer Beteiligung seiner Bürger zurückblicken. 2023 indes scheint weder der säkulare Charakter der Republik noch ihre demokratische Verfasstheit garantiert. Im Gegenteil, nicht wenige im Land fürchten, dass die kommenden Wahlen der letzte freie Urnengang sein könnten,¹ dann nämlich, wenn die Regierung am Ruder bleibt. Fast ebenso groß ist die Besorgnis, die Regierung könnte die Wahlen aus fadenscheinigen Gründen verschieben, das Wahlergebnis manipulieren oder es – im Falle ihrer Niederlage – schlicht nicht anerkennen. Schon werden im Regierungslager die ersten Stimmen laut, die eine solche Möglichkeit ansprechen.² Gemeinsam ist allen diesen Szenarien, dass, sollten sie eintreffen, dies das Ende der säkularen Republik, einen tiefen Einschnitt in die türkische Demokratie und wohl auch die Auflösung der Westanbindung der Türkei bedeuten würde.

Tatsächlich befindet sich das Land heute nicht nur in einer schweren und bereits lang anhaltenden Finanz- und Wirtschafts-

krise. Die Probleme erschöpfen sich auch nicht darin, dass die Grund- und Bürgerrechte weitgehend zur Disposition stehen. Vielmehr betrifft die Krise die Grundlagen der Republik Türkei als eines Landes, das bisher, was Wirtschaft, politisches System und Sicherheitspolitik angeht, trotz aller Defizite westlich ausgerichtet war und jenseits aller Rückschläge eine entsprechende Reformagenda verfolgte. Von alledem ist heute wenig übrig geblieben, zunehmend ähnelt das Land anderen Staaten des Nahen Ostens. «Wird die Türkei zu einem zweiten Irak?»³ fragte im Juni 2022 ein bekannter Kommentator und warnte davor, dass sich angesichts der starken innenpolitischen Polarisierung religiöse, konfessionelle und ethnische Bruchlinien verstärken und die damit zusammenhängenden Konflikte eskalieren könnten.

Modell für die Islamische Welt?

Geographisch liegt die Türkei an der Schnittstelle von Europa und dem Nahen Osten. Jahrzehntlang sorgten ihre innenpolitische Entwicklung und außenpolitische Einbindung dafür, dass sie Teil der westlichen Staatengemeinschaft war. Doch heute ist Europa geschwächt und der Nahe Osten in fundamentaler Umwälzung begriffen. Eingeläutet wurde der Umbruch im Nahen Osten 1979 durch die Islamische Revolution im Iran. Mit den Protesten, Aufständen und Revolutionen in den arabischen Ländern um das Jahr 2011 fand dieser Umbruch seine Fortsetzung. Denn unabhängig vom jeweiligen Verlauf der Ereignisse wurden im Iran, wie Jahre später in Tunesien, Ägypten oder Libyen, autoritäre Regime gestürzt, die ethnisch-nationalistisch, säkularistisch und modernistisch sowie in aller Regel militaristisch ausgerichtet waren. Zu Fall gebracht wurden die Regime dieser Staaten von Volksbewegungen, in denen sich letzten Endes religiös-konfessionelle politische Strömungen mit einer antiwestlichen Rhetorik durchsetzten, die den zahlenmäßig größten identitären Block ihrer Gesellschaft repräsentierten. Die Umbrüche kamen

relativ plötzlich als Resultat einer politischen Mobilisierung der Massen, und mit ihnen einher gingen in aller Regel gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Regime, aber auch zwischen kulturellen Mehr- und Minderheiten.

Die Türkei ging einen ganz anderen Weg, war sie doch in der Lage, muslimisches Selbstverständnis mit einer parlamentarischen Regierungsform und Demokratie sowie mit prowestlicher Orientierung zu vereinigen. So außergewöhnlich war dieser Erfolg, dass das Land in den Jahren um 2010 allerorten als Inspiration oder gar als Modell für den Nahen Osten gefeiert wurde.

Dass es in der Türkei zu keinem vergleichbaren Aufstand religiös-konservativer Kräfte gekommen war, hatte seine Ursache darin, dass konservative Parteien und damit auch ihr Anhang bereits seit dem Ende der 1940er Jahre Schritt für Schritt ins politische System integriert worden waren. 1946 erfolgte der zögerliche Übergang zum Mehrparteiensystem. Von 1950 bis 1960 regierte die konservative *Demokratische Partei* (DP) unter Ministerpräsident Adnan Menderes. Nach dem ersten Staatsstreich des Militärs im Jahre 1960 übernahm 1965 die konservative *Gerechtigkeitspartei* (AP) unter Süleyman Demirel das Ruder. Zwar wurde Demirel 1971 durch das Militär zum Rücktritt gezwungen, doch es dauerte nur vier Jahre, bis er mit seiner Partei erneut zur bestimmenden Kraft in der türkischen Politik wurde.

Ab 1973 konnte die islamistische *Nationale Heilspartei* (MSP) unter ihrem Vorsitzenden Necmettin Erbakan, der als der Ziehvater des heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan gilt, ins Parlament einziehen und sich von 1974 bis 1979 an drei kurzlebigen Koalitionsregierungen beteiligen. Nachdem die türkischen Generäle 1980 ein weiteres Mal geputscht hatten, setzte sich, als sie nach drei Jahren die Macht an eine gewählte Regierung abgaben, erneut eine konservative Partei durch: die *Mutterlandspartei* (Anap) unter Ministerpräsident Turgut Özal. Danach folgten oft kurzlebige Koalitionsregierungen. Schließlich gelangte 2002 nach einer schweren Wirtschaftskrise die noch



Abb. 1: «Die Zukunft liegt über den Wolken!» Eine der Anweisungen Kemal Atatürks für die junge türkische Nation auf einem Mosaik in der Hauptstadt Ankara

heute regierende *Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei* (AKP) unter Führung von Recep Tayyip Erdoğan an die Macht, die aus der islamistischen *Wohlfahrtspartei* (RP) hervorgegangen war. Damit stellten nach dem Ende der Einparteienperiode ganz über-

wiegend konservative Parteien mit bisweilen demonstrativ frommen Führern die Regierung.

Gleichzeitig jedoch blieb die bürokratische Elite, die das Land seit der Republikgründung 1923 autoritär modernisiert und verwestlicht hatte, ein bestimmender politischer Akteur. Ihre Ideologie war der Kemalismus, eine Mischung aus Säkularismus, Nationalismus und Etatismus, die ihren Namen vom Gründer der Republik, Mustafa Kemal, dem späteren Atatürk, bezog. Die kemalistische Elite, die sich aus Mitgliedern des Militärs, der hohen Justiz sowie den Professoren der Universitäten und einem Großteil der Medien zusammensetzte, war in der Lage, den Handlungsspielraum konservativer Regierungen wirkungsvoll zu begrenzen und unerwünschte Entwicklungen notfalls mit Gewalt zu beenden. So richteten sich die drei großen Interventionen des Militärs von 1960, 1971 und 1980 allesamt gegen konservative Regierungen und setzten den Primat der kemalistischen Bürokratie in der Politik immer wieder durch. Sogar noch während der ersten beiden Regierungsperioden der AKP war eine entsprechende Einflussnahme zu beobachten. Zu nennen ist hier das Memorandum des Generalstabs vom 27. April 2007, in dem die Generäle sich gegen die Wahl des AKP-Politikers Abdullah Gül zum Staatspräsidenten wandten und einen Kandidaten verlangten, «der sich den Lehren Atatürks, dem Laizismus und den Grundprinzipien der Republik verpflichtet fühlt».⁴ Ein weiteres Beispiel ist das Verfahren vor dem Verfassungsgericht zum Verbot der AKP (die auch damals mit absoluter Mehrheit im Parlament allein regierte), dem die Partei 2008 nur um Haaresbreite entgehen sollte. So etablierte sich seit dem Ende des Einparteiensystems 1950 eine zwar immer fragile, aber letzten Endes doch dauerhafte Machtbalance zwischen der von säkularen Kräften beherrschten Bürokratie und dem Militär und einer in aller Regel von rechtskonservativen Parteien geführten Regierung und ihrer Parlamentsmehrheit.

So sehr sich konservative Regierungen in diesem politischen

System unter der Vormundschaft der Bürokratie befanden, so sehr konnten sie doch auch Veränderungen durchsetzen, Ressourcen des Staates an ihre Wählergruppen ausschütten und ihre Klientel allmählich in den Staatsdienst integrieren. Infolgedessen schienen sich radikale politische Positionen der Konservativen allmählich abzuschleifen. Als die noch heute regierende AKP 2004 einen dicken Strich unter die islamistische Vergangenheit ihrer führenden Kader zog und sich als «konservativ-demokratische» Partei neu definierte⁵, schien dieser Prozess erfolgreich abgeschlossen zu sein. Damit war eine zweite innenpolitische Voraussetzung für den Modellcharakter der Türkei geschaffen: die Versöhnung explizit muslimischer Identität mit parlamentarischer Politik, demokratischer Rhetorik und prowestlicher Orientierung. Das Land schien am Ende einer langen und stillen Revolution angelangt zu sein.

Polarisierung statt Liberalisierung

Doch im Frühjahr und Sommer 2013 wurden die Grenzen der türkischen Transformation schmerzhaft sichtbar. Die Regierung reagierte gewaltsam auf die Proteste rund um den Istanbuler Gezi-Park, die sich zu einer landesweit ausgetragenen Kraftprobe auswuchsen. Seit damals beschuldigt die AKP unablässig internationale – aber ausschließlich westliche – Kreise, die Fundamente der Regierung zu untergraben, die Türkei zu schädigen und sie daran zu hindern, ihrer Aufgabe als Schutzmacht der (sunnitischen) Muslime des Nahen Ostens gegen westliche Mächtschaften gerecht zu werden.

Gleichzeitig verlor die AKP jegliches Interesse an der Weiterentwicklung, ja selbst an der Aufrechterhaltung demokratischer Standards. Schon seit geraumer Zeit hält sie ihre Wähler nicht wie früher über die Orientierung an positiven wirtschaftlichen und sozialen Zielen zusammen, sondern durch unablässige Polarisierung ethnischer, religiöser und konfessioneller Unterschiede